

# Ybbstaler Wochenblatt

Organ der demokratischen Einigung

Nummer 47

Waidhofen a. d. Ybbs

Freitag, 22. November 1946

## Demonstration

Als Bundeskanzler Ing. Figl die Erhöhung der Rationen für Normalverbraucher von 1200 auf 1550 Kalorien verkündete, ging ein Aufatmen durch das ganze Volk, denn damit schienen gerade zu Beginn des zweiten Friedenswinters die ärgsten Ernährungsorgen überwunden. Mit gespannter Erwartung sahen die Menschen daher dem neuen Lebensmittelauftrag der 21. Versorgungsperiode entgegen. Wie groß war die Enttäuschung, als die aufgerufene Menge weder die 1550 Kalorien erreichte, und als obendrein die Zusatzkarten für Angestellte, Arbeiter, Schwerarbeiter und werdende Mütter nicht unerhebliche Kürzungen aufwies. Zwischen dem persönlichen Versprechen des Bundeskanzlers und der praktischen Ausführung durch das Ernährungsministerium und die Ernährungsämter klappt eine breite Lücke, die berechtigten Anlaß zur Klage und Beschwerde gibt; hiezu kommt noch die Feststellung, daß die Kinder bis zu 12 Jahren bei der Erhöhung der Normalverbraucherrationen vorläufig überhaupt übergangen worden sind.

Für das Ybbstal kommt noch eine weitere Verschlechterung dazu. Beim ersten Lebensmittelauftrag nach der Verkündung der erhöhten Rationen wurde für alle Verbraucher ein sehr empfindlicher Abbruch von Frischfleisch gemacht und dafür keine Kompensation gegeben, etwa Konservenfleisch oder Fische, wie dies in Wien der Fall ist. Bei allen Zusatzkarten wurde die Fleischzuteilung überhaupt gestrichen. Weiters ist es so, daß wir hier im Ybbstal eine geringere Menge von Zucker als anderswo in Niederösterreich und Wien erhalten, wir haben vor vielen Wochen ein einziges Mal weißes Mehl erhalten. Diese Liste könnte in beliebiger Menge fortgesetzt werden, sie zeigt, daß die arbeitenden Menschen des Ybbstaales wirklichen Grund zur Unzufriedenheit haben. Bei wiederholten Beschwerden hat das Ernährungsamt in Amstetten immer wieder darauf hingewiesen, daß ihm vom Landesernährungsamt zu wenig Lebensmittel für den Bezirk Amstetten zugewiesen werden. Es wäre wirklich lange genug Zeit gewesen, auf diesen Mißstand im Landesernährungsamt energisch hinzuweisen und eine Abhilfe zu fordern. Was im großen geschieht, das wiederholt sich auch im kleinen. Es scheint, und dies wurde wieder sehr nachdrücklich bei der Gewerkschaftsversammlung am 15. November im Kinosaal in Waidhofen bewiesen, daß Waidhofen und Umgebung als das Stiefkind des Ernährungsamtes in Amstetten betrachtet wird. Wie könnte es sonst vorkommen, daß in Amstetten schon einige Male weißes Mehl zur Verteilung gelangt war, in Waidhofen und im Ybbstal jedoch nicht. Warum, erhebt sich die berechnete Frage, bekommen wir nicht einmal die angeforderte Schokolade für unsere Kinder, obwohl sie beim Großverteiler bereits aufgebracht war?

Erst vor kurzem haben die Frauen des Ybbstaales in einer Massenversammlung auf die besonders schlechte Ernährung im Ybbstal hingewiesen. Ihre in Wien vorgebrachte Forderung wurde trotz schöner Versprechungen bis heute nicht beantwortet. Dies wäre vielleicht nicht einmal notwendig gewesen, wenn die 1550 Kalorien-Basis auch wirklich eingehalten worden wäre, und wenn bei den Zulagekarten nicht so bedeutende Abstriche gemacht worden wären. Nach Bekanntwerden des neuen Rationserlasses bemächtigte sich der Bevölkerung tiefe Niedergeschlagenheit, denn wieder einmal war es vorbei mit den schönen Hoffnungen. Am 13. ds. früh legten die Arbeiter der Böhler-Ybbstalwerke die Arbeit nieder. Noch am gleichen Tage schlossen sich alle Werke entlang der Ybbs diesem Streik an und auch in Waidhofen traten die Arbeiter und Angestellten der größeren Werke in den Streik, selbst die städtischen Betriebe schlossen sich an. Zum ersten Male in der Geschichte Waidhofens sind auch die Angestellten und Beamten der Stadt in den Ausstand getreten. Diese in diesem Falle wirklich spontane Streikbewegung war eine nicht zu übersehende Demonstration gegen die Verschlechterung der Ernährung, denn der Rationsauftrag war eine Verschlechterung, niemals eine Besserstellung. Es war kein Streik gegen die Willkür einiger Unternehmer, es war kein vom Gewerkschaftsbund aufgeföhener Streik zur Erringung eines Rechtes oder Vorteiles für die arbeitenden Menschen, es war ein so-

## Das Ergebnis der Reise des Außenministers

Außenminister Dr. Gruber, der sich einige Wochen in den Vereinigten Staaten aufhielt, ist im Flugzeug nach Wien zurückgekehrt. Die Ergebnisse seiner Reise nennt ein Reuterbericht äußerst wertvoll. Das amerikanische Hauptquartier in Wien erhielt den Auftrag, gemünztes Gold im Werte von fünf Millionen Dollar, das sich in Amerika befindet, an die österreichische Regierung zu überweisen. Dieses Gold wurde von der Deutschen Reichsbank während der Naziokkupation aus der österreichischen Nationalbank entfernt. Minister Gruber wurde die Versicherung gegeben, daß die USA ihr äußerstes tun würden, um die schwierige Ernährungslage in diesem Winter zu erleichtern. Ferner wurden österreichische Guthaben in den USA freigegeben.

Die Beihilfe bei der Lösung des Problems der Displaced persons auf österreichischem Gebiet wurde zugesichert und die Entscheidung über die Rückgabe der Donauschiffe dem Minister bekanntgegeben.

Wenn auch nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Besuch des Außenministers wurde die Absicht des Kriegsministeriums mitgeteilt, Nahrungsmittel im ungefähren Wert von 35 Millionen Dollar während der ersten sechs Monate nach Beendigung der UNRRA-Tätigkeit nach Österreich zu senden. Eine finanzielle Hilfe für Österreich, entweder in Form einer langfristigen Anleihe oder einer anderen geeigneten Vereinbarung in Höhe von ungefähr 150 Millionen Dollar wurde in Erwägung gezogen.

## Besserung in der Brennstoff- und Energieversorgung

Die österreichische Regierung hat mit Ungarn ein Kompensationsabkommen getroffen, das die Lieferung von österreichischem Grubenholz gegen ungarische Kohle vorsieht. Ungarn soll im Laufe der nächsten Monate 152.000 Festmeter Grubenholz beziehen und wird dafür 177.000 Tonnen Kohle an Österreich liefern. Die Lieferungen erfolgen Zug um Zug, und zwar wird jeder Festmeter Grubenholz mit 1,2 Tonnen Kohle kompensiert.

Um Österreich in seiner augenblicklich besonders schwierigen Situation entgegenzukommen, hat Ungarn sich bereit erklärt, 20.000 Tonnen Kohle vorschubweise zu liefern. Die ersten Waggons sind bereits in Wien eingetroffen. Das mit Ungarn getroffene Kompensationsabkommen entspannt die Situation auf dem österreichischen Brennstoffmarkt sehr wesentlich. Durch die zu erwartenden 177.000 Tonnen Kohle wird das derzeit bestehende Manko von 540.000 Raummeter Brennholz teilweise ausgeglichen.

540.000 Raummeter Brennholz könnten von der österreichischen Holzwirtschaft für den Bedarf dieses Winters unter gar keinen Umständen aufgebracht werden, während die Produktion im Jahre 1946 nur 152.000 Festmeter Grubenholz durchwegs möglich sein wird. Ungefähr 30.000 Festmeter Grubenholz werden dem österreichischen Kohlenbergbau zur Verfügung gestellt, der damit seine Produktion steigern und so die Lage auf dem Brennstoffmarkt weiter entspannen kann.

Auch in der Energieversorgung, die durch den gegenwärtigen Wassermangel noch immer angespannt ist, hat sich durch den österreichisch-bayrischen Ausgleich, durch die Zusammenfassung der in vielen Industriebetrieben ungenutzt lagernden Kohlenvorräte und durch die Inbetriebsetzung des neuen Enns-Kraftwerkes Staining bei Steyr gebessert. Dieses neue Elektrizitätswerk wird dem österreichischen Verbundnetz täglich 264.000 Kilowattstunden liefern.

## 2. Parteitag der Sozialistischen Partei Österreichs

In Wien wurde von Freitag den 15. ds. bis Sonntag den 17. ds. der 2. Parteitag der Sozialistischen Partei Österreichs im Beisein von zahlreichen Vertretern ausländischer Bruderparteien abgehalten. Nach den Begrüßungsansprachen wurde der Wiener Altbürgermeister Karl Seitz unter dem Jubel aller Delegierten zum Ehrenvorsitzenden der Partei gewählt. Im Hauptreferat sprach Dr. Alfred Misch über die wirtschaftliche Lage Österreichs. Er stellte fest, daß der Wahnsinn des Faschismus Österreich mehr als zwei Drittel seines Volkvermögens von 40 bis 45 Milliarden Schilling vor 1938 gekostet hat. Trotz des An-

laufens der industriellen und gewerblichen Güterproduktion und trotz des im Vergleich zu 1937 höheren Beschäftigtenstandes hat der Gesamtdurchschnitt der Güterproduktion kaum eine 40prozentige Ausnutzung der Produktionskapazität von 1937 erreicht. Trotz aller Not jedoch bleibt der Aufbauer der Arbeitenden. Zur Gesundung unserer Volkswirtschaft forderte er die Verfügung über alle österreichischen Produkte, den Abbau der Besatzungskosten und die Gesundung des Außenhandels.

Dr. Adolf Schärf sprach über den politischen Kampf der Sozialistischen Partei. Er setzte sich mit dem Verhältnis der So-

genannter „wilder“ Streik, entstanden aus der Empörung der Menschen über die tatsächliche Verschlechterung der Ernährung.

Der nach Wien entsendeten Abordnung gehörten Gewerkschafter aller drei Parteien an. Dies bringt zum Ausdruck, daß der Streik nur aus sachlichen Gründen ausgebrochen ist, nicht aber kann er aufgefaßt werden als eine Demonstration gegen eine Person oder Partei, wohl aber war er eine Demonstration gegen die Ernährungspolitik der Regierung, gegen die Methoden des Landesernährungsamtes und besonders des Bezirksernährungsamtes.

Der Streik der Arbeiter des Ybbstaales ist ein Flammenzeichen für die behördlichen Stellen. Die Menschen verlangen eine offene und klare Ernährungspolitik. Es wäre not-

wendig, daß die Ernährungsämter von Zeit zu Zeit einen sachlichen Überblick über die Ernährungslage geben, es wäre ebenso notwendig, daß jedem Rationserlaß die genaue tägliche Kalorienanzahl beigefügt würde, denn dann wüßten die Verbraucher, wie viel sie tatsächlich bekommen, sie könnten sich aus den Berichten der Ernährungsämter auch ein Bild über die Möglichkeiten und Unmöglichkeiten der Ernährung machen. Der Österreicher hat viel Verständnis für die gegenwärtigen Nöte seines Landes, er ist bereit, alle nur möglichen Entbehrungen zu tragen, denn er weiß, daß es über kurz oder lang besser werden muß. Das Einzige, was er verlangt, ist Klarheit und Offenheit, nicht immer wieder sich widersprechende Meldungen, die, wie im vorlie-

gendem Falle, die wirklich ehrliche Freude über die Ankündigung des Bundeskanzlers in eine „zitternde Freude“ verwandeln oder sie sogar bei der praktischen Ausführung ins Gegenteil kehren. Die arbeitenden Menschen in Österreich werden Erfolge der Regierung mit noch größerem Arbeitsseifer beantworten, eine Politik der Verwirrung jedoch müßte in jeder Beziehung ernsthafte Folgen nach sich ziehen.

(Wie sehr die Forderungen der Bevölkerung Beachtung gefunden haben, geht aus unserem Bericht über die Gewerkschaftsversammlung in Waidhofen a. d. Ybbs hervor. D. Red.)

Zum Parteivorstand wurde wieder Doktor Adolf Schärf gewählt, zu Stellvertretern des Vorsitzenden Oskar Helmer, Gabriele Proft und Paul Speiser.

## Nachrichten

### AUS ÖSTERREICH

Der österreichische Außenminister Doktor Gruber sagte auf einer Pressekonferenz in New York: Österreich braucht keinen Friedensvertrag, sondern eine Erklärung der Großen Vier, daß die Besetzung unseres Landes beendet ist und Österreich wieder den diplomatischen Status einnimmt, den es vor der Annexion durch Deutschland innehatte. Österreichs wirtschaftliche Lage wird durch die Höhe der Besatzungskosten, die 30 Prozent des normalen Budgets verschlingen, und durch die ebenfalls untragbare Belastung der 500.000 verschleppten Personen noch ernster.

In der Sitzung des Alliierten Rates vom 15. ds. wurde beschlossen, der österreichischen Regierung zu empfehlen, die Pensionen an die gemäß dem Entnazifizierungsgesetz entlassenen Personen einzustellen. Dazu erfahren wir, daß diesbezüglich erst nach dem 29. ds. nach der für diesen Termin erwarteten Ratifizierung des von den drei Parteien einstimmig beschlossenen Nazigesetzes durch den Alliierten Rat Entscheidungen über Zahlungseinstellungen getroffen werden können. Das Nazigesetz beinhaltet gegenüber den bisherigen Gesetzen und Verfügungen zu dieser Frage weittragende Änderungen, so daß augenblicklich eine Erfassung aller Betroffenen nicht möglich erscheint.

In technischer Hinsicht könnte der für Österreich so wichtige Donauverkehr sofort wieder aufgenommen werden.

Bei den Versammlungen zu den Hochschulwahlen haben sich Vorfälle ereignet, die eine neuerliche Überprüfung aller Studierenden notwendig machen.

Auf Weisung des Bundeslastverteilers wird das Aluminiumwerk Lend seine Produktion einstellen und seinen gesamten Eigenstrom an das österreichische Leitungsnetz abgeben. Da die Aluminiumwerke Ranshofen vor kurzem ihre Tätigkeit aus dem gleichen Grunde eingestellt haben,

wird in Österreich voraussichtlich bis Ende März 1947 überhaupt kein Aluminium erzeugt werden.

Die russischen Behörden haben britische und amerikanische Firmen, die auf das Zistersdorfer Erdöl Anspruch erheben, aufgefordert, ihre Rechte unter Beweis zu stellen.

Die Jutefabrik Neufeld a. d. Leitha, die bis vor kurzem noch 600 Arbeiter beschäftigte, mußte ihren Betrieb einstellen, da die Fabrik Ortmann mangels Chemikalien kein Spinnpapier liefern kann.

AUS DEM AUSLAND

Marschall Tito erhielt bei den Wahlen in die gesetzgebende Versammlung der Volksrepublik Kroatien in seinem Wahlkreis 99,88 Prozent der abgegebenen Stimmen.

Die südwestlichen Inseln des Pazifischen Ozeans werden von einer gigantischen Schneckenplage heimgesucht. Es handelt sich dabei um Schnecken, die von den Japanern als Nahrungsmittel gezüchtet wurden und sich jetzt ungeheuer rasch vermehren, wobei sie die Vegetation und die Gärten systematisch zerstören.

Zwischen Großbritannien und der Sowjetunion werden derzeit Verhandlungen über den Abschluß eines umfassenden englisch-russischen Handelsvertrages gepflogen.

Das Zeitgeschehen

Wir stehen heute am Beginn eines Winters, der nach allen Anzeichen lange und streng sein wird. Während man früher die Kriegswinter zählte, steht nun der zweite Friedenswinter noch unter dem Einfluß des Krieges und seiner Folgen. Dieser Winter wird schwerer zu ertragen sein als die Kriegswinter, weil nach dem totalen Kriege fast eine totale Erschöpfung der Welt eingetreten ist. Diese ist bei den besiegten Ländern nicht nur militärischer, sondern auch wirtschaftlicher Natur. Aber auch die Siegerländer haben unter dieser wirtschaftlichen Erschöpfung zu leiden, wie die Thronrede des englischen Königs zeigt, der zum erstenmale in der englischen Geschichte bei einem so feierlichen Anlasse der Schwierigkeiten der Hausfrauen gedachte. In Frankreich und Italien haben die Geldentwertung alle jene Erscheinungen hervorgerufen, die geeignet sind, die Struktur eines Landes zu verarmen zu lassen und damit sinkt die Lebenshaltung des ganzen Volkes beträchtlich ab. Geldentwertung, Wohnungsnot, Nahrungssorgen verzögern und hemmen den wirtschaftlichen Aufschwung selbst der größten Staaten. Noch schwieriger ist das Los der besiegten Staaten, besonders Deutschlands. Diese machen jetzt alle Schwierigkeiten durch, wie sie früher die Länder unter der deutschen Besetzung durchmachten, noch verschärft durch die zahlreichen Zerstörungen, die noch immer das Leben erschweren. Heute ist die Lage in Deutschland und bei anderen Völkern ähnlich, wie sie nach dem 30-jährigen Kriege vor 300 Jahren war. Die Erschöpfung nach dem verlorenen Kriege verhindert eine wirksame und rasche Wiederaufrichtung.

Politisch wäre es nur verwunderlich, wenn sich die Folgeerscheinungen des Krieges nicht auch bemerkbar machten. Jeder Staat und jedes Volk fühlt sich geschädigt und ist auch geschädigt. Jeder sucht daher seinen eigenen Vorteil; dies kommt immer wieder bei den großen internationalen Tagungen und Verhandlungen zum Ausdruck. Aber gerade dadurch wird eine rasche Besserung verzögert, denn Sorge und Bitterkeit erfüllt jene Staaten, die ihre Wünsche nicht durchsetzen können. Die Besiegten suchen zu retten, was überhaupt noch zu retten ist, die Sieger versuchen, einen neuen Krieg zu verhindern, sie alle sind in dieser Hinsicht eines Sinnes, aber in den Methoden zur Erreichung dieses Zieles gehen die Ansichten auseinander.

Trotz aller Meinungsverschiedenheiten kann man eine allmähliche Klärung im politischen Leben beobachten. Durch die Wahlen und den Sieg der Republikaner hat sich Amerika gegen jede Einmischung des Staates in die Wirtschaft ausgesprochen. Freie Wirtschaft ist das Losungswort der amerikanischen Nation. In außenpolitischer Beziehung bleiben die Vereinigten Staaten ihrer bisherigen Politik treu, denn die Außenpolitik ist nicht Angelegenheit einer Partei, sondern die der ganzen Nation. Im Gegensatz zu Amerika hat sich Frankreich durch den Ausgang der letzten Wahlen für die Planwirtschaft ausgesprochen, sie wird jedoch nicht von der stärksten Partei des Landes allein durchgeführt werden, sondern eine Koalitionsregierung wird die Interessen des Landes wahrnehmen und ausführen. In den östlichen Ländern Europas, in Polen, Rumänien, Bulgarien, Ungarn, der Tschechoslowakei und Jugoslawien ist in absehbarer Zeit keine wesentliche Aenderung in politischer Beziehung zu erwarten. Trotz ihrer demokratischen Struktur wird von manchen westlich eingestellten Mächten wegen der Zusammenfassung eines Teiles der politi-

schen Parteien dieser Länder ihre Innenpolitik mit einem autoritären Kurs verglichen. Dasselbe müßte dann auch für Griechenland, jedoch mit geänderten Vorzeichen gelten, denn dort versucht die Monarchie die alleinige politische Vertretung des Volkes zu werden.

In Spanien scheint die Regierung Franco weiterhin im Sattel zu bleiben. Wieder wird die spanische Frage in der UNO aufgerollt, diesmal aber nicht mit dem Sicherheitsrat, sondern in der Generalversammlung. Aber es ist sehr zweifelhaft, ob trotz dieses Umstandes die Beziehungen der UNO-Staaten zu Spanien abgebrochen werden, denn allein in allen südamerikanischen Staaten hat Spanien einen Freund und Verteidiger; auch sonst sprechen manche Gründe dafür, daß man nicht offen gegen Spanien vorgehen wird.

Zu den freundlichen Dingen der letzten politischen Ereignisse gehört der Friedensschluß der Holländer in Indonesien. Dadurch werden die britischen Truppen in diesen Gebieten abgezogen und wieder durch holländische ersetzt. Dieser Friedensschluß war möglich, weil die Holländer den Bewohnern Indonesiens volle Gleichberechtigung zugesichert haben, wodurch ein ähnliches Verhältnis zustande kommen wird wie zwischen den Philippinen und den Vereinigten Staaten.

Leider wurde die politische Zerrissenheit des großen östlichen Reiches, China, bei der Eröffnung der Nationalversammlung wieder vor Augen geführt, weil die Kommunisten und auch andere politische Gruppen nicht daran teilnehmen. Eine völlige politische Einigung könnte China auch in wirtschaftlicher Beziehung zu einem der mächtigsten Staaten der Welt machen.

In Aegypten war es die Thronrede des jungen Königs Faruk, welche die Verhandlungen zwischen England und Aegypten in günstigen Lichte erscheinen lassen. Es scheint, daß die Verhandlungen über die Räumung Aegyptens und über das Statut über den von England und Aegypten verwalteten Sudan schon sehr weit gediehen sind. Auch in Indien gehen die Bestrebungen zur Erringung der völligen Selbständigkeit immer weiter. Die indische Interimsregierung hat beschlossen, eine nationale indische Armee aufzustellen, in welcher die weißen Offiziere so rasch als möglich durch Inder ersetzt werden sollen. Rechnet man hinzu, daß auch Palästina eine immer stärker werdende Belastung für England bedeutet, dann wäre es auch hier möglich, daß England sein Mandat in diesem Lande aufgibt und in die Hände der Inder politischen Abhängigkeit hofft England, Indien, Aegypten und Palästina durch Wirtschafts- und Freundschaftsverträge noch enger an sich zu ziehen und seinen Einfluß zu stärken.

Wieder nach Europa zurückkehrend muß festgestellt werden, daß durch die direkten Verhandlungen zwischen Italien und Jugoslawien ein weiterer Beitrag zur politischen Entspannung geleistet wurde. Der

Festsitzung und 10. öffentliche Gemeinderatssitzung in Waidhofen a. d. Ybbs

Am Donnerstag den 14. November d. J. hielt der Gemeinderat von Waidhofen a. d. Ybbs eine Festsitzung anläßlich der 950-Jahrfeier Oesterreichs. Der provisorische Sitzungssaal war mit den Fahnen und dem Wappen Oesterreichs geschmückt. Bürgermeister Erich Meyer eröffnete die Sitzung mit einer Festansprache, in welcher er daran erinnerte, daß der Name Oesterreich nunmehr seit 950 Jahren besteht und daß zugleich unser Land Oesterreich seinen 950-jährigen Bestand feiern kann. Die letzten Tage haben zwar sehr kraß gezeigt, daß jetzt nicht die Zeit ist, Feste zu feiern, aber alle sollen ihre Arbeit mit dem Gedanken verknüpfen, was Oesterreich gewesen ist und was es in Zukunft sein wird. Die 950-Jahrfeier soll allen Oesterreichern ein Ansporn sein, ihre ganze Liebe und Kraft für ihr Heimatland Oesterreich einzusetzen, damit die Kinder einmal eine schönere Zukunft haben werden. Aus einem Rückblick in die Vergangenheit stellte der Bürgermeister fest, daß wir weder Deutsch-Oesterreicher noch Deutsche oder Ostmärker, sondern einfach Oesterreicher sein wollen, daß wir eine österreichische Aufgabe zu erfüllen haben, daß wir aber keine Missionen für fremde Staaten ausführen wollen. Nach dem Zusammenbruch ist Oesterreich heute ein armes, verwüstetes und ausgesaugtes Land, doch hat es noch immer die Kraft, daß daraus ein neues, glückliches Oesterreich entstehen kann. Heute noch gilt das alte Wort: „Oesterreich, wenn es nur will“.

An die Festsitzung schloß sich die 10. Gemeinderatssitzung. An Stelle des aus Waidhofen verzogenen Gemeinderates Frz. Wicha wurde von der ÖVP. Herr Rudolf Hauer, Buchhändler, vorgeschlagen. Der Vorschlag wurde einstimmig angenommen. Herr Gemeinderat Hauer wird in Zukunft auch im Finanz- und Kulturausschuß tätig sein. Hierauf referierte Herr Vizebürgermeister Alois Lindenhofner über ein Ansuchen der Gemeinde an die Landesregierung um eine Subvention zur Wiederinstandsetzung und Einrichtung der Volks-

Vorschlag Jugoslawiens, daß die Verwaltung Triests italienisch sein soll, dafür aber Görz an Jugoslawien angegliedert werden soll, hat bis jetzt nicht die Billigung der Außenministerkonferenz gefunden. Diese will an dem Vorschlag der Pariser Friedenskonferenz festhalten, wonach Triest autonom werden soll und von der UNO

verwaltet würde. Trotz dieser Ablehnung scheint es, daß in Kürze eine befriedigende Lösung gefunden werden wird.

Wir gehen also in wirtschaftlicher Beziehung noch einmal einem strengen Winter entgegen, in politischer Hinsicht jedoch entwirrt sich der Himmel und läßt einen Blick frei in eine schönere und bessere Zukunft.

Aus Stadt und Land

NACHRICHTEN AUS DEM YBBSTAL

Stadt Waidhofen a. d. Ybbs

Vom Standesamt. Geburten: Am 9. ds. ein Mädchen Ilse Stefanie der Eltern Johann und Stephanie Aigner, Elektrizitätswerksangestellter, Waidhofen, Unterer Stadtplatz 37. Am 9. ds. ein Mädchen Katharina der Eltern Anton und Katharina Zebenholzer, Landwirt, Waidhofen-Land, 1. Pöchlerrotte 2. — Eheschließungen: Am 16. ds. Johann Dolezal, Telegraphenangestellter, Waidhofen, Hoher Markt 3, und Hermine Stiblehner, Krankenschwester, Sankt Valentin, Langenharterstraße. Am 16. ds. Engelbert Kerschbaumer, Landwirt, und Anna Diernegger, Wirtschaftsbesitzerin, beide Zell-Arztberg 10. Am 18. ds. Anton Gürtler, landw. Arbeiter, und Karoline Schallauer, landw. Arbeiterin, beide Waidhofen-Land, 2. Kraihofrotte 5. — Todesfälle: Am 11. ds. Helene Schachner, Altersrentnerin, Waidhofen, Wienerstraße 6, 86 Jahre. Am 15. ds. Alfred Six, Kind, Waidhofen-Land, 1. Rienrotte, 3 Jahre.

Gewerkschaftsversammlung. Wie wir bereits berichteten, brach am Mittwoch den 13. ds. in den Böhler-Ybbstalwerken ein spontaner Streik wegen der Verschlechterung der Lebensmittelaufnahme aus. Im Laufe des Tages schlossen sich die Arbeiter und Angestellten der Papierfabriken Kematen und Hausmening, des Nibelungenwerkes, in Waidhofen a. d. Ybbs die städtischen Ämter und Betriebe, die Belegschaften des Hammerwerkes und der Firma Bene und noch anderer Betriebe an. Da die Arbeiterdeputation bei Herrn Bezirkshauptmann Dr. Schmid in Amstetten keine bindenden Zusagen für eine Besserung der Lage erhalten konnte, wurde eine Gewerkschaftsdelegation, bestehend aus Vertretern aller drei Parteien nach Wien geschickt; gleich nach der Rückkehr der Delegation aus Wien wieder aufzunehmen. Die aus Wien zurückgekehrte Gewerkschaftsdelegation erstattete am Freitag den 15. ds. in einer Gewerkschaftsversammlung im Kinosaal ihren Bericht. Auf Grund dieses Berichtes wurde der Gewerkschaftsbund in Wien aufgefordert, die berechtigten Wünsche der Arbeiter des Ybbstales bei den Regierungsstellen vorzubringen. Es wurde auch beschlos-

sen, die Arbeit wieder aufzunehmen, damit den Arbeitern nicht noch größere Lohnausfälle erwachsen würden. Wie die Nachtragsaufträge für Niederösterreich beweisen, fällt dadurch wenigstens ein Teil der Kürzungen weg, wenn auch die volle Kalorienzahl noch nicht erreicht ist. — Auf Grund eines Beschlusses des Gewerkschaftskartells sprach aus den Betrieben Waidhofens, den Böhlerwerken, St. Valentins und Amstettens eine Delegation noch einmal bei Herrn Bezirkshauptmann Dr. Schmid vor. Sie verlangte, daß die Leitung des Bezirksnahrungsamtes einer moralisch, wirtschaftlich und politisch einwandfreien Persönlichkeit übergeben werde und daß ein Kontrollausschuß unter Mitwirkung des Gewerkschaftsbundes bei der Aufbringung und Verteilung der Lebensmittel mitwirken oder doch Einsicht nehmen könnte. Die Erfüllung dieser beiden Forderungen wurde vom Bezirkshauptmann zugesagt. Aus Waidhofen wird Herr Josef Escher jeden zweiten Mittwoch nach Amstetten fahren und dem Gewerkschaftskartell einen eingehenden Bericht über den Stand der Ernährung bringen. Seit ungefähr vier Wochen ist schon ein Kontrollausschuß beim Nahrungsamt Amstetten tätig; er besteht aus je einem Mitglied der drei politischen Parteien und einem Vertreter der Bauernschaft. Nun kommt der zweite Kontrollausschuß des Gewerkschaftskartells hinzu; dieser besteht aus drei Mitgliedern und zwar je einem Gewerkschaftsvertreter der Gerichtsbezirke Waidhofen a. d. Ybbs, St. Valentin und Amstetten. Alle Mitglieder dieser Kontrollausschüsse sind Organe der Bezirkshauptmannschaft Amstetten beziehungsweise des Nahrungsamtes und haben als solche das Kontrollrecht in allen Betrieben der Lebensmittelindustrie und in allen Geschäften. Die Tätigkeit dieser Kontrollausschüsse gewährleistet in Zukunft eine laufende Aufklärung der Bevölkerung über den Stand der Ernährungslage.

Niederösterreichisches Heimatwerk. Am Donnerstag den 28. November findet um 14 Uhr im Kinosaal der Staatl. Hauptstelle für das Bildungswesen, Wien IX, Sensengasse 3, 1. Stock die gründende Hauptversammlung des Niederösterreichischen Heimatwerkes statt. Interessenten werden hiezu herzlich eingeladen.

Österr. Jugendbewegung. Samstag den 30. ds. findet um 19 Uhr im Inführsaal ein volkstümlicher Abend statt, zu dem die Bevölkerung herzlich eingeladen wird. Auf dem Programm stehen „Der Nachtwächter“ von Theodor Körner, Musik von Helmesberger, Mozart, Lortzing, Nikolai und Haydn. Es wirken mit die Theatergruppe der Österr. Jugendbewegung unter der Regie von Prof. Karl Uhl und ein verstärktes Schülerorchester unter Leitung von Prof. Walter Czech.

Versammlung der Gewerbetreibenden. Am Sonntag den 24. ds. findet um 10 Uhr vormittags im Gasthaus Weber eine Versammlung der Gewerbetreibenden statt. Alle Gewerbetreibenden werden hiezu herzlich eingeladen.

Fußballmeisterschaft 1. Waidhoher SC. gegen „Vorwärts“ Krems 1:4 (0:1). Nach elf Wochen und elf teilweise schweren Meisterschaftsspielen der 1. Klasse Niederösterreich ungeschlagen (8 Siege, 3 Unentschieden), mußte nun Waidhofens Fußball-elf in Krems die erste Niederlage im vorletzten Spiel der Herbstserie in Kauf nehmen. Das ansonsten gute und flotte Spiel wurde durch die schlechte Leitung des Kremser Schiedsrichters Ludl, der Waidhofen auf das schwerste benachteiligte, verdorben. Das Resultat entspricht nicht dem Spielverlauf, beim WSK. klappte es ganz gut, speziell Matauscheck im Tor bot eine vorzügliche Leistung. An den erhaltenen Toren trifft ihn keine Schuld, teilweise waren es klare Abseitsstellungen. Den Treffer für Waidhofen erzielte Bußlehner durch Kopfstoß. Durch diese Niederlage hat nun wieder Neulengbach die Führung übernommen, Waidhofen liegt mit nur einem Punkt im Nachteil an zweiter Stelle. Erst der letzte Meisterschaftsspiel am 24. ds. wird die Entscheidung in der Herbstmeisterschaft bringen, ein seltener Fall, daß sich ein Rennen bis zum letzten Termin vollkommen offen erstreckt. Selbst der Drittplazierte, der St. Pöltnr Sportklub, hat um den Herbstmeistertitel noch mitzureden. Der 1. Waidhoher SC. trägt am kommenden Sonntag das letzte Meisterschaftsspiel gegen den FC. Traisen in Waidhofen aus und verabschiedet sich mit diesem Spiel von seiner zahlreichen Anhängerschaft, um in die Winterpause einzugehen. Die Trai-







